



**Historischer Verein für Mittelbaden e.V.
Mitgliedergruppe Schiltach**

Zusammenfassung des Vortrages

„Das Ringen um den Südweststaat“

Die politische Ausgangssituation nach dem Zweiten Weltkrieg

Eine Veranstaltung zum Landesjubiläum „60 Jahre Baden-Württemberg“

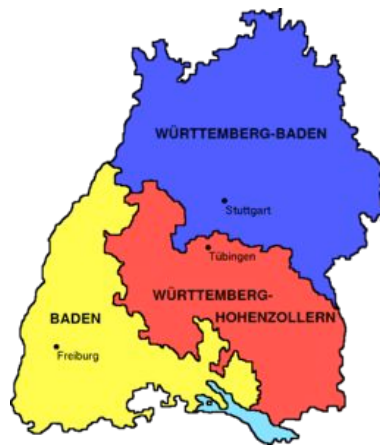
mit **Dr. Stefan Zizelmann, Historiker**

Dienstag, den 27. September 2012 im Schlossbergsaal des
„Gottlob-Freithaler-Hauses“, Schiltach

Das 60jährige Bestehen unseres Bundeslandes nahmen der Historische Verein und die Volkshochschule gerne zum Anlass, auf die Zeit vor der Gründung Baden-Württembergs zurück zu blicken und zu einem Vortrag ins Gottlob-Freithaler-Haus einzuladen.

Peter Rottenburger als Sprecher des Initiativkreises wies in seinem Vorwort auf das ehemals mitunter schwierige Miteinander von Badenern und Württembergern hin und zeigte an einem herrlich überzeichnenden Beispiel Charaktereigenschaften auf, die den Bewohnern der beiden Landesteile zugeschrieben werden und die das vermeintlich Trennende hervorheben. Daher sei auch nicht verwunderlich, dass sich die Bemühungen um die Einheit des Südwestens sehr schwierig gestalteten. Um die damalige Ausgangssituation und die von verschiedenen Seiten verfolgten Interessen zu erhellen, hieß Rottenburger Dr. Stefan Zizelmann, Historiker am Stadtarchiv Alpirsbach, als Referent des Abends herzlich willkommen.

Obwohl es bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts immer wieder Ansätze gab, sich ernsthaft mit der Bildung eines gemeinsamen südwestdeutschen Staates zu befassen, ging die Initialzündung, so Zizelmann, als Folge des Zweiten Weltkrieges von den Alliierten aus. Die Besetzung Deutschlands resultierte dabei aus militärischen Notwendigkeiten und der Aufbau einer Nachkriegsverwaltung war zu großen Teilen improvisiert und ergab sich oft aus der angetroffenen Situation. Die von den USA und Frankreich gebildeten Besatzungszonen im Südwesten orientierten sich nicht an den Grenzen der ehemaligen Länder, vielmehr verlief die neue Zonengrenze südlich der Autobahn Karlsruhe – Ulm quer durch Baden und Württemberg.



Dies lief zunächst der französischen Deutschlandpolitik entgegen, da sich General de Gaulle in starkem Maße von der traditionellen französischen Politik leiten ließ, die in Deutschland eine dezentrale politische Ordnung mit starken Ländern anstrebte. Vor allem Baden spielte bei seinen Deutschlandplänen eine wichtige Rolle. Dazu hatte Frankreich gute Voraussetzungen geschaffen, da es zunächst den größeren Anteil an der Besetzung badischer und württembergischer Gebiete hatte. So waren ursprünglich auch die Großstädte Karlsruhe und Stuttgart in französischer Hand, welche erst auf massiven amerikanischen Druck hin von der französischen Armee geräumt wurden. Im nördlichen, amerikanisch kontrollierten Teil wurde die ehemalige Landesgrenze aufgehoben und bereits im September 1945 offiziell das Land Württemberg-Baden geschaffen, das von einer provisorischen Regierung unter Führung des liberalen Württembergers Reinhold Maier geführt wurde. Gegenüber der französischen Zone im Süden hatte das neue Land den Vorteil, Großstädte, Industriegebiete, Autobahnen und eine entsprechende Infrastruktur zu besitzen. Mit einigem zeitlichen Abstand schuf auch die französische Verwaltung neue Länder, nämlich Württemberg-Hohenzollern und Baden mit den Hauptstädten Tübingen und Freiburg. Diese beiden Länder verfügten über wenig Wirtschaftskraft, ihr Reichtum war das Holz und sie waren sehr ländlich strukturiert.



Dr. Stefan Zizelmann erklärt die geschichtlichen Hintergründe

Die ersten Bestrebungen in den nun geteilten ehemaligen Ländern Baden und Württemberg zielten natürlich auf die Wiederherstellung der alten Zustände ab. Eine Vorentscheidung für die spätere Entwicklung wurde jedoch bereits im November 1946 gefällt, nachdem in der neuen Verfassung für Württemberg-Baden für eine Vereinigung mit den südlichen Ländern lediglich eine einfache, für eine Auflösung des bestehenden Landes dagegen eine Zweidrittelmehrheit festgeschrieben wurde.

Auch in den Ländern der französischen Zone schritt die politische Entwicklung voran. Aus den Landtagswahlen 1947 ging die CDU als stärkste Kraft hervor. Staatspräsident wurde in Tübingen Lorenz Bock, dem Gebhard Müller nachfolgte, in Freiburg stand Leo Wohleb der Regierung vor. Die badische Regierung verstand sich dabei als Vertreter und Sprachrohr des gesamten badischen Volkes, obwohl keine wesentlichen Kontakte nach Nordbaden bestanden.



Württemberg-Baden



Baden



Württemberg-Hohenzollern

Die sich abzeichnende Spaltung Europas ließ die Westzonen stärker zusammenwachsen. Bereits im Juli 1948 legten die Siegermächte den Ministerpräsidenten in Westdeutschland nahe, Vorschläge zur Neugliederung der Länder auszuarbeiten, was außer im Südwesten auf wenig Gegenliebe stieß. Aber auch hier, wo ein erklärter Wille zur Neuordnung bestand, verliefen die Versuche zäh und bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 konnte man keine Einigung erzielen, da Standpunkte und Ziele zu unterschiedlich waren. Haupthindernis für eine Verständigung war der Streit über das Auszählungsverfahren bei einer geplanten Volksabstimmung. Jede Seite wollte die Modalitäten so gestalten, dass sie für die eigene Sache Erfolg versprachen. Zizelmann gelang es dabei eindrucklich, die Beweggründe und Charaktere der federführenden Politiker Reinhold Maier (FDP/DVP), Gebhard Müller (CDU) und Leo Wohleb (CDU) erlebbar herauszuarbeiten und das Taktieren jeder Seite spannend und nachvollziehbar darzustellen.



Aufgrund der Vorgabe des Grundgesetzes zur Neugliederung der Länder einigte man sich in den drei Südwestländern auf die Durchführung einer Probeabstimmung ohne verbindlichen Charakter. Besonders Gebhard Müller fand sich dabei zunehmend in der Rolle eines „ehrlichen Maklers“, der Gegensätze ab- und Vertrauen aufbauen konnte. Zwischen ihm und Wohleb entwickelte sich über alle sachlichen Gegensätze hinweg ein freundschaftliches Verhältnis. Am 22. Oktober 1949 trafen sich die CDU-Landesvorstände der drei Länder in Freudenstadt und verständigten sich darauf, die Stimmen auf Basis der alten Länder auszuzählen. Auch Maier stimmte diesem Beschluss zu – sein Kabinett in Stuttgart jedoch lehnte ihn ab.

Die als Stimmungsbarometer gedachte Abstimmung im September 1950 ergab in Südbaden erwartungsgemäß ein Votum zur Wiederherstellung des alten Landes Baden, in den anderen Ländern jedoch klare Mehrheiten für einen Zusammenschluss. Somit war eine Tendenz deutlich sichtbar. Da auf Länderebene keine Einigung über die Verfahrensfragen mehr zu erwarten war, beschloss der Bundestag eine Volksabstimmung, die schließlich am 09. Dezember 1951 abgehalten wurde. Sollten sich dabei in drei der vier Stimmbezirke (Nordwürttemberg, Nordbaden, Südwürttemberg und Südbaden) Mehrheiten für ein gemeinsames Bundesland finden, wäre der Südweststaat auf den Weg gebracht. Südbaden votierte mit 62,5% der Stimmen wiederum deutlich für Gesamtbaden, wogegen sich in den anderen Stimmbezirken große oder aber zumindest deutliche Mehrheiten für den Zusammenschluss fanden.

Der Referent nahm nun gezielt unsere Region, den damaligen Kreis Wolfach unter die Lupe und konnte feststellen, dass das Abstimmungsergebnis hier mit 61,9% für Baden fast exakt im Landesdurchschnitt lag. Dabei gab es regional jedoch ganz unterschiedliche Ergebnisse. Alle ehemals altwürttembergischen, und damit unmittelbar an der Landesgrenze liegenden Gemeinden (Hornberg, Reichenbach, Gutach, Kirnbach, Schiltach 84,7% und Lehengericht 83,1%) votierten mit überwältigender Mehrheit für den Zusammenschluss, selbst in der Kreisstadt Wolfach fand sich überraschenderweise eine knappe Mehrheit von 52%, auch Kinzigtal lag mit 45% über dem Durchschnitt. In Schenkenzell dagegen sprachen sich über 61% und in Kaltbrunn sogar knapp 84% der Wähler für ein wiedervereinigtes Land Baden aus.



Im März 1952 wählten die Bürger im Südwesten die verfassungsgebende Landesversammlung, aus der die CDU als stärkste Kraft hervorging. Diese Landesversammlung (der spätere Landtag) wählte Ende April 1952 Reinhold Maier zum künftigen Ministerpräsidenten des neuen Bundeslandes. Zizelmann ging nun abermals vertiefend auf die ausgeklügelten Winkelzüge dieses Politfuchses ein, um entgegen den unterschiedlichen politischen Ansichten quer durch alle Parteien seine Vorstellungen des künftigen Bundeslandes durchzusetzen. Er bildete völlig überraschend eine Koalition aus SPD, FDP/DVP und BHE und schloss die CDU von der Regierung aus, was zu spontanen Protesten und tumultartigen Szenen führte, die jedoch an den geschaffenen Realitäten nichts mehr ändern konnten. Maier begründete seine Entscheidung mit der gespaltenen Haltung der CDU in der Südweststaatsfrage. Bereits ein Jahr später folgte ihm Gebhard Müller im Amt des Ministerpräsidenten nach. Im November 1953 schließlich trat die Verfassung des neuen Bundeslandes in Kraft, das endgültig den Namen Baden-Württemberg erhielt.

Nun war dieses neue Land zwar aus der Taufe gehoben, jedoch noch längst nicht bei allen Bürgern akzeptiert. In weiten Teilen Badens fühlte man sich von der geschichtlich-politischen Entwicklung überspielt, was selbst das Bundesverfassungsgericht in einer Grundsatzentscheidung bestätigte und die Angelegenheit erneut an den Bundestag verwies, der die Angelegenheit jedoch aus Kalkül verschleppte. Schließlich brachte das Jahr 1970 für den badischen Landesteil eine Wiederholung der Abstimmung. Zwischenzeitlich hatten jedoch die Zeit und die wirtschaftlichen Erfolge für das neue Bundesland gearbeitet, das Wahlergebnis bestätigte erwartungsgemäß mit großer Mehrheit den Fortbestand Baden-Württembergs. Das Eigenbewusstsein seiner Landesteile besteht bis heute fort, ohne allerdings dabei die Einheit des Landes als Ganzes in Frage zu stellen.

Dr. Stefan Zizelmann verstand es trefflich, den leider nur wenigen Zuhörern die Entwicklungen und Ereignisse, die die Bildung unseres heutigen Bundeslandes begleiteten, plastisch vor Augen zu führen und ihnen so ein Nacherleben und grundlegendes Verstehen der nicht immer einfachen Zusammenhänge zu vermitteln.

Dieser Bericht konnte in seiner Ausführlichkeit nur mit freundlicher Unterstützung durch den Referenten angefertigt werden. Ein herzliches Dankeschön dafür an Herrn Dr. Zizelmann. Die Fotos wurden von Reinhard Mahn aufgenommen, die Wappen und Grafiken entstammen allgemein zugänglichen Quellen.

Schiltach, 13. Oktober 2012

Reinhard Mahn